

NIEDERSCHRIFT

über die 16. Sitzung des Rates

vom: 28.02.2001

von: 15.00 Uhr

bis: 18.45 Uhr

Ort: Rathaus Geisweid,
Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Boller, Joachim
Stv Daus, Anny
Stv Dittert, Katrin
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe
Stv Flohren, Angelika
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga
Stv Gelber, Gunther
Stv Gerlach, Heinrich
Stv Gierlich, Michael
Stv Glaamann, Herta
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Jacob, Martin
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Kleine, Sancho-Antonio
Stv Krombach, Ulrich
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Lauble, Wilhelm
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Gunter
Stv Mues, Steffen

Stv Müller, Heinz
Stv Müller, Manfred

Stv Nauck, Gerda
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner
Stv Schwarz-Schumann, Helga - ab 17.00 Uhr
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Steuber, Burkhard
Stv Strunk, Christine
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Tielsch, Ingrid Karin
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

AM Bäumer, Gerhard
AM Gunsenheimer, Christian
AM Könsgen, Karl-Heinz
AM Vetter, Wolfgang

III. Vom Personalrat:

StAl Müller

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt VD Mengel
Städt. VD Lehmann
Städt. OVR Weber
Gleichstellungsbeauftragte Dellori

Städt. VR Dorsch
StAR Reisch
StAR Erner
Dipl.-Ing. Brede
VA Karst
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Al-Omary, Falk
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Morgenschweis, Thomas
Stv Stahl, Markus

Zu Beginn der Sitzung gedenken die Mitglieder des Rates des verstorbenen Stadt-verordneten Dr. Reinhold Schultze.

Zur Tagesordnung

Der öffentliche Teil wird um die Punkte 15 und 15.1 erweitert.

Die Beantwortung der nachgereichten Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfolgt unter Punkt 14.

Vor Eintritt in die Tagesordnung befasst sich der Rat mit den Empfehlungen eines Expertenrates zur Weiterentwicklung der Hochschulen in NRW und den damit verbundenen Auswirkungen auf den Hochschulstandort Siegen.

Der Rat der Stadt Siegen verabschiedet einstimmig folgende

**Resolution des Rates der Stadt Siegen zur Sicherung
des Universitätsstandortes Siegen**

Die Landesregierung hat einen Expertenrat beauftragt, Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Hochschulen in NRW zu erarbeiten. In seinem, auf den 20.02. datierten, Abschlussbericht unterbreitet der Expertenrat u. a. Vorschläge, die die Struktur der Universität-Gesamthochschule Siegen betreffen.

Als Struktureingriffe in die Universität-Gesamthochschule werden vorgeschlagen:

1. die Einstellung der Fächer Architektur, Chemie, Physik,
2. die Einstellung der Studiengänge VWL, Magister Soziologie und Politikwissenschaft sowie
3. die Umwandlung von integrierten in konsekutive Studiengänge.

Der Rat der Stadt Siegen appelliert an die Landesregierung und den Landtag, von einer Umsetzung dieser Empfehlungen abzusehen. Eine Einschränkung des Fächerangebotes hätte eine Schwächung der Universität-Gesamthochschule Siegen im bundesweiten und internationalen Wettbewerb zur Folge und würde sich äußerst negativ auf den Wirtschaftsstandort Siegen auswirken.

Siegen und das Gebiet Siegen-Wittgenstein stehen als ehemalige Montanregion im Prozess des Strukturwandels. Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in markt- und wettbewerbsfähigen Unternehmen hat höchste kommunalpolitische Priorität. Die Universität-Gesamthochschule Siegen ist daher mit ihrem derzeitigen, umfassenden Angebot in Forschung und Lehre strukturalpolitisch unverzichtbar.

- Sie bringt hochqualifizierte Arbeitskräfte hervor ...
- Sie macht Grundlagenforschung für Unternehmen vor Ort nutzbar und ermöglicht die Erschließung neuer Märkte und Produkte.
- Sie fördert den Praxisbezug von Studierenden und ebnet in Zusammenarbeit mit dem Technologie-Zentrum Siegen den Weg für innovative Gründungsvorhaben.
- Schließlich ist sie mit rd. 1.400 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber vor Ort.

Eine Streichung von Fächern und Studiengängen, wie jetzt vorgeschlagen, hätte zur Folge, dass insbesondere die in Siegen traditionell starken ingenieurwissenschaftlichen Fächer sowie die Lehrerausbildung an Angebotsqualität verlieren. Dies kann nicht im Interesse der strukturalpolitischen Perspektive liegen, die das Land NRW für Siegen und die Region Siegen-Wittgenstein immer mit getragen hat.

Der Rat der Stadt Siegen unterstützt die in den eigenen Perspektivplänen der Universität Siegen im Herbst 1999 festgelegten Entwicklungsziele, die ohne den Erhalt des derzeitigen Fächerspektrums nicht realisiert werden können.

Daher richtet der Rat der Stadt Siegen diese Resolution an den Ministerpräsidenten des Landes NW und den Präsidenten des Landtages des Landes NW zur Weiterleitung an alle Abgeordneten sowie die heimischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten mit der Bitte um uneingeschränkte Unterstützung.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Elter bestimmt.

16. Rat 28.02.2001

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31.01.2001

Herr Kirchhöfer trägt den Hinweis von Frau Schwarz-Schumann zu Punkt 2 - Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2000 - vor. Ihre Ausführungen zum Thema „Apollo-Theater“ seien mit der Weiterleitung der von ihr schriftlich vorgelegten Fragen und dem Vermerk in der Niederschrift vom 31.01.2001 nicht vollständig wiedergegeben.

16. Rat 28.02.2001

3. Fragestunde

3.1 Anordnung der Umlegung „Ober dem Feldgarten“

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.02.2001

Die Beantwortung erfolgt unter Punkt 14.

16. Rat 28.02.2001

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Busbereitstellungsplatz

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.02.2001

Herr Boller weist darauf hin, dass sowohl im politischen Raum als auch in der Öffentlichkeit die Dimension des geplanten Busbereitstellungsplatzes mittlerweile kritisch hinterfragt wird. Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die im 1. Bauabschnitt vorgesehene Größe ausreichend, zumal der konkrete Bedarf bis heute nicht im Detail nachgewiesen ist.

Herr Mues hält es für entbehrlich, die Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt zu vertiefen, da die Thematik in der letzten Sitzung des Rates angesprochen und ein Vertragsabschluss mit den VWS in Aussicht gestellt wurde. Bis zur Vorlage des Vertragsentwurfes sieht er keinen Beratungsbedarf. Der Antrag sollte an den Fachausschuss verwiesen werden.

Herr Bürgermeister Stötzel bittet, der Verwaltung zu ermöglichen, den gesamten Sachverhalt aufzuarbeiten und anschließend den politischen Gremien entsprechende Beratungsunterlagen vorzulegen.

Für Herrn Kirchhöfer ist der Antrag zur Zeit nicht entscheidungsreif. Entgegen der Auffassung von Herrn Mues sieht er jedoch die Zuständigkeit des Rates in dieser Angelegenheit.

Abstimmung (über den Antrag des Stv Mues):

Der Antrag wird an den zuständigen Fachausschuss überwiesen.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür (20 Stimmen dagegen),
0 Enthaltungen**

16. Rat 28.02.2001

**5. Haushalt 2000
hier: Vorläufiges Jahresabschlussergebnis**

Vorlagenr. 950/01 - Vorlage vom 31.01.2001

◆ ◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt vom vorläufigen Jahresabschlussergebnis 2000 Kenntnis.

16. Rat 28.02.2001

6. Verabschiedung des Haushaltsentwurfes 2001

**6.1 Stellenplan der Stadtverwaltung Siegen
1. Stellenplan 2001
2. Mittelfristiger Ausbildungsstellenplan 2001 - 2005 (Fortschreibung)**

Vorlagenr. 936/01 - Vorlage vom 23.01.2001

dazu: Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2001 (Tischvorlage)
„Fortsetzung der Schulsozialarbeit“

Beschluss

- a) mit Änderungen auf Empfehlung des AfPOF und
b) unter Berücksichtigung des Antrages der CDU-Fraktion):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Stellenplan 2001 und die Fortschreibung des mittelfristigen Ausbildungsstellenplanes für den Zeitraum 2001 - 2005 unter Berücksichtigung folgender Änderungen:

- a) Der Personalkostenetat für das Jahr 2001 wird auf 107 Mio. DM begrenzt. Darüber hinaus wird eine einjährige Beförderungssperre für die Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 verhängt.

- b) Die Stelle Nr. 02 22 0000 015 - Historiker/in - wird bis auf weiteres nicht besetzt.
Für die Fortsetzung der Schulsozialarbeit über den 31.07.2001 hinaus bis zum 31.12.2001 werden die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 210.000 DM in den Haushalt eingestellt. - Sofern keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten gegeben sind, soll die Finanzierung aus weiteren Vermögenserlösen erfolgen.

Um die Schulsozialarbeit für die Zukunft zu gewährleisten, wird die Verwaltung beauftragt, vor der Einbringung des Haushalts 2002 eine Vorlage zur Beschlussfassung dem Rat vorzulegen, in der insbesondere die finanziellen Auswirkungen dargestellt werden.

**Beratungsergebnis: 28 Stimmen dafür (CDU), 26 Stimmen dagegen,
1 Enthaltung**

16. Rat 28.02.2001

6.2 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Grundsteuern vom 16.02.1999;

hier:

Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuern A + B ab 01. Januar 2001

Vorlagennr. 876/00 - Vorlage vom 01.12.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Grundsteuern vom 16.02.1999 gemäß der Anlage 1 der Vorlage, mit der die Hebesätze für die Grundsteuer A (Land - und forstwirtschaftliche Betriebe) für 2001 von 170 v. H. auf 190 v. H. sowie für die Grundsteuer B (Grundstücke) für 2001 von 370 v. H. auf 390 v. H. angehoben werden.

Beratungsergebnis: 28 Stimmen dafür, 21 Stimmen dagegen, 5 Enthaltungen

16. Rat 28.02.2001

6.3 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung der Gewerbesteuer nach Ertrag vom 16.02.1999;

hier:

Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer nach Ertrag ab 01. Januar 2001

Vorlagennr. 877/00 - Vorlage vom 01.12.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung der Gewerbesteuer nach Ertrag vom 16.02.1999 gemäß der Anlage 1 der Vorlage, mit der der Hebesatz für die Gewerbesteuer nach Ertrag für 2001 auf 450 v. H. festgesetzt wird.

Beratungsergebnis: 28 Stimmen dafür, 14 Stimmen dagegen, 13 Enthaltungen

16. Rat 28.02.2001

6.4 Beratung und Beschlussfassung von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2001, des Investitionsprogrammes 2000 - 2004 und der 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2001 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2000 - 2004/ 2007

Vorlagennr. 951/01 - Vorlage vom 31.01.2001

Die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Einzelabstimmung über die Anlage 3 der Vorlage - Empfehlungen der Bezirks- und Fachausschüsse:

Verwaltungshaushalt - Ausgaben

Ifd. Nr.	UA	Bezeichnung	Veränderung zzgl./abzgl. DM	Ergebnis
1	200	Unterhaltung der baulichen Anlagen (Schulen) -	2.700.000	Mehrheitlich dafür

		Sonderprogramm		3 Gegenstimmen, 12 Enth.
2	340 340 340 340	Zuschuss Jugendkunstschule S-W e. V. Mieten für Mehrzweckhallen Kunstausstellungen Kleinkunstveranstaltungen	5.000 - 1.500 - 1.500 - 2.000	Einstimmig dafür 0 Enthaltungen
3	366	Unterhaltung der Gebäude (Kapellenschulen/ Heimatsstuben) und des Glockenspiels	45.000	Mehrheitlich dafür 14 Gegenstimmen, 2 Enth.
4	455	Honorarkosten für nebenamtliche Kräfte	- 5.000	Mehrheitlich dagegen
5	458	Aus- und Fortbildung des Personals	20.000	Mehrheitlich dagegen (27 Nein, 25 Ja)
6	460	Honorar für nebenamtliche Kräfte	30.000	Mehrheitlich dagegen (27 Nein, 21 Ja)
7	560	Unterhaltung von Sportplätzen - Sonder-programm	500.000	Einstimmig dafür 7 Enthaltungen

Vermögenshaushalt - Ausgaben

Ifd. Nr.	UA	Bezeichnung	Veränderung zzgl./abzgl. DM	Ergebnis
1	200	Erwerb von beweglichem Vermögen - Sonderprogramm	300.000	Einstimmig dafür mehrere Enthaltungen
2	460	Zuschuss für den Bau von Jugendheimen	50.000 VE	Mehrheitlich dafür
3	791	Modernisierung Siegerlandzentrum Weidenau, Infrastrukturkostenzuschuss	1.400.000 zzgl. 1.400.000 VE in 2001	Einstimmig dafür mehrere Enthaltungen

Vermögenshaushalt - Einnahmen

Ifd. Nr.	UA	Bezeichnung	Veränderung zzgl./abzgl. DM	Ergebnis
4	880	Grundstückserlöse - Veräußerung von Waldgenossenschaftsanteilen	250.000	Mehrheitlich dafür 13 Gegenstimmen, 8 Enth.

Beschluss über den Haushalt 2001:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt unter Berücksichtigung der Entscheidungen unter Punkt 6.1, 6.2, 6.3 und der vorstehenden Abstimmungen über die Empfehlungen der Bezirks- und Fachausschüsse

a) folgende

Haushaltssatzung

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2000 (GV NRW S. 245) hat der Rat der Stadt Siegen am 28.02.2001 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2001, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Siegen voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	359.741.000 DM
	der Ausgabe auf	403.291.500 DM
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	82.381.000 DM
	in der Ausgabe auf	82.381.000 DM

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2001 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf

7.693.000 DM

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf

40.800.000 DM

festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2001 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

120.000.000 DM

festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2001 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|--|-----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) | 190 v. H. |
| 1.2 | b) für die Grundstücke
(Grundsteuer B) | 390 v. H. |
| 2. | Gewerbsteuer | 450 v. H. |

§ 6

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2007 wiederhergestellt. Ein originärer Haushaltsausgleich wird danach erst-mals im Haushaltsjahr 2002 erreicht. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

§ 7

Im Stellenplan ausgewiesene und mit dem Vermerk „künftig wegfallend (kw)“ bezeichnete Planstellen dürfen nach dem Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers nicht mehr besetzt werden und sind ersatzlos zu streichen.

Soweit sich bei den Beamtenstellen nach Anwendung des § 26 Abs. 1 BBesG und der Stellenobergrenzenverordnung (StOV) vom 8. Dezember 1976 Stellenüberhänge an Stellen für Beförderungssämter ergeben, ist bei der Gesamtzahl der jeweiligen Planstellen der betreffenden Besoldungsgruppe der Vermerk „künftig umzuwandeln (ku)“ anzubringen.

Jede dritte freierwerdende und im Überhang befindliche Planstelle der jeweiligen Besoldungsgruppe im Bereich der allgemeinen Verwaltung ist fortwährend in eine Besoldungsgruppe umzuwandeln, für die Obergrenzen noch nicht erreicht sind. Das gleiche gilt für die technischen Beamtenplanstellen, soweit die Obergrenzen der Beförderungssämter für diesen Bereich gesondert ermittelt wurden.

Soweit im Stellenplan unabhängig von § 26 Abs. 1 BBesG und StOV der Vermerk „künftig umzuwandeln (ku)“ angebracht ist, sind freierwerdende Stellen dieser Besoldungs- bzw. Vergütungs- oder Lohngruppe entsprechend umzuwandeln.

Gemäß § 3 Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG) wird zugelassen, dass Beamte mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren.

-
- b) die 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2001 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2000 - 2004/2007 und unter Berücksichtigung der für den Haushalt 2001 erfolgten Änderungen.

Beratungsergebnis: 28 Stimmen dafür, 22 Stimmen dagegen, 5 Enthaltungen

In einer persönlichen Erklärung weist Herr Dr Rohr die von Herrn Mues im Rahmen dessen Haushaltsrede vorgebrachte Kritik gegenüber seiner Person zurück.

16. Rat 28.02.2001

7. Mittelfristiges Personalkostenkonsolidierungskonzept 2001

Vorlagenr. 937/01 - Vorlage vom 23.01.2001

Herr Groß bittet um getrennte Abstimmung der Vorschläge 1 - 7.

Herr Mues spricht dagegen.

Abstimmung (über den Antrag des Stv Groß):

Über die Ziffern 1 - 7 des Verwaltungsvorschlags wird getrennt abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (4 Stimmen dafür),
0 Enthaltungen**

Beschluss (mit Änderung des Verwaltungsvorschlags):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt das vorgelegte Personalkostenkonsolidierungskonzept 2001 und beauftragt die Verwaltung, entsprechend der Empfehlungen zu Ziffer 4.1 bis 4.7 der Vorlage unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen unter Ziffer 4.2 und 4.3 zu verfahren.

- 4.2 Für die Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 wird eine einjährige Beförderungssperre verhängt.
- 4.3 Eine Ausbildung über den Bedarf hinaus erfolgt derzeit nicht. Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung einen neuen mittelfristigen Ausbildungsstellenplan vorzulegen.

Beratungsergebnis: 28 Stimmen dafür, 26 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

16. Rat 28.02.2001

8. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Siegen

Vorlagenr. 947/01 - Vorlage vom 25.01.2001

Die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Schwarz-Schumann merkt an, dass die Vorschläge im Frauenförderplan sehr zurückhaltend formuliert sind und die Umsetzung viel Zeit benötigen wird. Der in der Sitzung des Fachausschusses als Tischvorlage unterbreitete Änderungsvorschlag zu Seite 37/38 ist in der SPD-Fraktion eingehend beraten worden mit dem Ergebnis, dass diese nunmehr zustimmen wird.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünscht, dass dem Thema Frauenförderung künftig mehr Aufmerksamkeit zukommt, so Frau Strunk.

Beschluss (mit Änderung):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Frauenförderplan der Stadtverwaltung Siegen unter Berücksichtigung der empfohlenen Änderung unter Ziffer 3.7 (Seite 37 und 38) und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen des Frauenförderplanes umzusetzen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

16. Rat 28.02.2001

9. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Siegen

Vorlagenr. 962/01 - Vorlage vom 01.02.2001

Beschluss (mit Änderung):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Hauptsatzung unter Berücksichtigung der mit Schreiben des Bürgermeisters vom 20.02.2001 vorgelegten Änderung des § 4.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

16. Rat 28.02.2001

**10. Rubenspreis der Stadt Siegen
10. Verleihung**

Vorlagenr. 984/01 - Vorlage vom 31.01.2001

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen verleiht den 10. Rubenspreis der Stadt Siegen im Jahre 2002 im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Rates am 28.06.2002 (Vormerkung) an Maria Lassnig, Wien.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

16. Rat 28.02.2001

11. Mietanpassung für die Nutzung von kleineren Räumen bzw. Sälen der Siegerlandhalle und Bismarckhalle sowie der städtischen Bürgerhäuser

Vorlagenr. 915/01 - Vorlage vom 08.01.2001

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietanpassungen entsprechend den in der Verwaltungsvorlage genannten Konditionen mit Wirkung ab 01. März 2001.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

16. Rat 28.02.2001

12. Bebauungsplan Nr. 247 „Giersberg-Ost“ in Siegen-Bürbach;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Abwägung der Bürgerbeteiligung und Beteiligung TÖB
 - Beschluss des Bebauungsplanentwurfes Nr. 247 „Giersberg-Ost“ mit dessen öffentliche Auslegung
- Begründung und

Vorlagenr. 935/01, 935/01 A und 935/01 B - Vorlagen vom 04.01., 02.02. und 13.02.2001

Unter Hinweis auf § 31 GO NW verlässt Herr Kirchhöfer den Sitzungsraum.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt die vorgeschlagene Streichung von 4 Bauplätzen im Bereich des Quellsiefens, so Frau Strunk. Dennoch führt die geplante Straßentrasse weiterhin zu Veränderungen im Natur- und Wasserhaushalt.

Auf Grund der klimatologischen Veränderungen und der negativen Auswirkungen auf den Ortsteil Bürbach fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, von einer hangparallelen Bebauung und Erschließung abzusehen. Darüber hinaus sind Simulationsmessungen notwendig, um die Befürchtungen in der Bevölkerung auszuräumen. Des Weiteren fehlen konkrete Festlegungen zu Holzfeuerungsanlagen. Bezugnehmend auf den Biotopschutz kritisiert sie, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN selbst um eine gutachterliche Untersuchung bemühen musste. Um den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes Rechnung zu tragen beantragt sie die Aussetzung des Verfahrens, bis die Verdachtsflächen in der entsprechenden Vegetationszeit überprüft und begutachtet sind.

Herr Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass bei der Anhörung der Träger öffentlicher Belange weder von der Unteren Landschaftsbehörde noch von anderer Stelle Hinweise oder Bedenken vorgebracht wurden. Die Verwaltung schlägt die Offenlegung des Planentwurfs zum jetzigen Zeitpunkt vor, um auch die Bürgerinnen und Bürger einzubinden. Wenn zusätzliche Sachverhalte zur Abwägung vorgetragen werden, muss ggf. eine zweite Offenlegung erfolgen.

Hinsichtlich der Einwendungen zum Quellgebiet weist Herr Brune darauf hin, dass den Umweltbelangen, die in der Abwägung gleichrangig mit den Belangen von Wohnen, Vorsorge, Arbeit, Wirtschaft etc. zu betrachten sind, weitestmöglich Rechnung getragen wurde. Eine erste Abwägung erfolgte bereits im Rahmen der Änderung des Flächennutzungsplanes mit der Grundsatzentscheidung zugunsten einer Wohnbebauung. Auch die Klimabelange wurden in die Abwägung einbezogen und entsprechende Festlegungen getroffen. Die Festschreibung von Filtern und Abluftanlagen im Bebauungsplan ist ausweislich einer Entscheidung des OVG Düsseldorf nicht zulässig.

Des Weiteren ist keine Missachtung des Landschaftsschutzes festzustellen, da bis zu dem in der Sitzung des Umweltausschusses vorgelegten Hinweis weder von den Umweltverbänden noch von der Unteren Landschaftsbehörde entsprechendes vorgetragen wurde. Falls sich zusätzliche Abwägungsgesichtspunkte ergeben

sollten, wird eine zweite Offenlegung erfolgen. Dies ist jedoch kein Hinderungsgrund für die Fortsetzung des Verfahrens. Vielmehr kann in diesem Zug bereits eine Abwägung der zahlreichen anderen Belange vorgenommen werden. Abschließend weist er darauf hin, dass auf Grund der Gesetzessystematik die Numerierung im Beschluss wie folgt zu ändern ist: Ziffer 1.1 wird 1.3, Ziffer 1.2 wird Ziffer 1.1 und Ziffer 1.3 wird Ziffer 1.2.

Herr Boller erklärt zu Protokoll, dass nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN die Grundlagenermittlung nicht ausreicht. Er führt an, dass das Wohnbauflächenkonzept noch nicht im Rat abschließend beraten wurde und keine Kriterien für die zeitliche Reihenfolge bei der Erschließung von Baugebieten festgelegt wurden. Insofern wurde hier keine Abwägung vorgenommen. Die Kriterien können seines Erachtens nicht darauf reduziert werden, dass mit Grundstückserlösen andere Projekte in der Stadt finanziert werden sollen. Vielmehr ist die Fläche des ehem. Munitionsdepots oder des Kasernengeländes auf dem Wellersberg für eine zeitnahe Schaffung von Wohnbauflächen besser geeignet. Abschließend merkt er an, dass die Magerwiesen-Verdachtsflächen der Verwaltung hätten bekannt sein müssen.

Beschluss unter Berücksichtigung der Änderungen gem. Vorlagen Nr. 935/01 A und 935/01 B:

1. Über die von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) während der öffentlichen Auslegung (Bürgerbeteiligung) vom 04.09.1995 bis 04.10.1995 vorgebrachten Bedenken und Anregungen und den sonstigen Stellungnahmen wird wie folgt beschlossen:
 - 1.1 Die Anregungen der Ev. Kirche von Westfalen zur Geschossigkeit der Gebäude werden berücksichtigt; die zum Ausbau der Straße "Im Wiesen-garten" werden nicht berücksichtigt.
 - 1.2 Die Anregungen des Forstamtes bezüglich des Holzabfuhrweges werden berücksichtigt.
 - 1.3 Die Anregungen des LSBA Siegen sind überholt (siehe Stellungnahme WSBA).
 - 1.4 Die Bedenken der Anliegerin (Am Mühlenseifen 40) zum ökologischen Gutachten werden zurückgewiesen. Die Anregung zum Bau eines Krei-sels wird berücksichtigt.
 - 1.5 Die Anregungen des Anliegers Turnhallenweg 10 zum Turnhallenweg werden nicht berücksichtigt.

- 1.6 Die Bedenken und Anregungen des Naturschutzbundes Deutschland zu den preiswerten Mietwohnungen für Familien mit Kindern, zu den Obst-wiesen und zur Versiegelung durch Bebauung werden nicht berücksichtigt.
 - 1.7 Die Bedenken des Anliegers Azaleenweg 9 zur Festsetzung des Grund-stücks werden berücksichtigt und die Anregung zur Erweiterung der Ausgleichsflächen wird nicht berücksichtigt.
 - 1.8 Die Bedenken und Anregungen der Anliegerin Jung-Stilling-Straße 5 werden berücksichtigt.
 - 1.9 Die Bedenken des Anliegers Lützowstraße 8 zur Grundstücksfrage werden nicht berücksichtigt.
 - 1.10 Die Bedenken und Anregungen des Anliegers Flurstück 247, Flur 5, werden nicht berücksichtigt.
 - 1.11 Die Bedenken der Anlieger Siegstraße 65 und Obere Rolandstraße 9 zur Grundstücksfrage werden zurückgewiesen.
2. Über die von den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) in der Zeit vom 17.10.2000 bis 28.11.2000 für den Bereich der Bauleitplanung hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung angegebenen bedeutsamen Planungen und sonstigen Maßnahmen wird wie folgt beschlossen:
- 2.1 Dem Hinweis des Kreises Siegen-Wittgenstein hinsichtlich der Bewertung des Fichten-Forstes wird gefolgt. Dem Hinweis zur Verwendung der Umwandlung des Fichten-Forstes wird nicht gefolgt.
 - 2.2 Den Bedenken der Landwirtschaftskammer wird nicht gefolgt.
 - 2.3 Die Anregung des Staatlichen Umweltamtes auf Sicherstellung von evtl. benötigten Flächen für Versickerung wird berücksichtigt.
3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 3 (2) BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" im Stadtteil Siegen-Bürbach und seine öffentliche Auslegung mit Begründung.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (4 Stimmen dagegen (GRÜNE)),
0 Enthaltungen**

16. Rat 28.02.2001

13. Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 306 „Weidenauer Straße / Kläranlage“;
- hier:
- a) Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - b) Beschluss der Veränderungssperre gem. § 16 Abs. 1 BauGB als **Satzung**

Vorlagenr. 968/01 - Vorlage vom 08.02.2001

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungs-sperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 306 "Weidenauer Straße / Kläran-lage" laut Anlage 2 zur Vorlage vom 08.02.2001 als Satzung.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

16. Rat 28.02.2001

14. **Bebauungsplan Nr. 311 „Ober dem Feldgarten“ in Siegen - Kaan-Marienborn;**

hier:

Anordnung der Umlegung

Vorlagenr. 938/01 - Vorlage vom 12.01.2001

Die Antwort auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (s. TOP 3.1) ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Kirchhöfer macht seine Bedenken gegen die Anordnung der Umlegung zum jetzigen Zeitpunkt geltend, da diese zu Beeinträchtigungen für die Grundstücks-eigentümer in einem Gebiet, dass ggf. im Planverfahren in seiner Abgrenzung geändert wird, führt.

Herr Schulze verweist auf die im Bezirksausschuss Ost mehrfach vorgebrachten Einwendungen hinsichtlich der äußeren Erschließung des Plangebietes und er-wartet angesichts dieser Problematik eine entsprechend sensible Vorgehensweise.

Auch Herr Boller bemerkt, dass die Voraussetzungen noch nicht gegeben sind, da die Prioritäten zur Ausweisung neuer Wohnbauflächen noch nicht festgelegt wurden und die Erschließung dieses potentiellen Baugebietes noch nicht abschließend ge-klärt ist.

Herr Brune macht deutlich, dass erst der konkrete Umlegungsbeschluss rechtliche Auswirkungen hat. Eine Aussage zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung kann er zur Zeit nicht machen. Dennoch sollte der Ratsbeschluss zur Anordnung gefasst werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen ordnet für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 311 "Ober dem Feldgarten" gemäß § 46 (1) BauGB in Verbindung mit § 45 BauGB die Umlegung an.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (5 Stimmen dagegen), 4 Enthaltungen

16. Rat 28.02.2001

15. Ausschussneubesetzung - Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Vorlagenr. 986/01 - Vorlagen vom 20.02.2001

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Egon Bernshausen als ordentliches beraten-des Mitglied in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

16. Rat 28.02.2001

**15.1 Ausschussneubesetzungen - Bezirksausschuss II - Siegen-Weidenau -
- Jugendhilfeausschuss
- Kulturausschuss**

Vorlagenr. 991/01 - Vorlage vom 27.02.2001 (Tischvorlage)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Herrn Christian Sondermann als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksausschuss II - Siegen-Weidenau -,

- b) Herrn Marc Klein als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss und
- c) Frau Brigitte Eger-Kahleis als stellvertretendes Mitglied in den Kulturausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

16. Rat 28.02.2001